



Barbara LOCHBIHLER

Brüssel, den 22. Mai 2013

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Bauer,

am 12. Mai besuchte ich gemeinsam mit meiner grünen Fraktionsvorsitzenden im bayerischen Landtag Margarete Bause die Städte Nürnberg und Schwabach. Thematischer Schwerpunkt unseres Besuches waren die Menschenrechte im Allgemeinen, das Recht auf Asyl im Spezifischen. Unter anderem trafen wir uns mit Nürnberger Organisationen wie dem Internationalen Frauencafé, Amnesty International, Jadwiga und Bleib, um über die Lage der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in Bayern zu sprechen.

Unter anderem berichteten die Flüchtlinge und AsylbewerberInnen von teilweise unhaltbaren Zuständen in den ihnen zugewiesenen Unterkünften. Offenbar kommt es vermehrt zur Unterbringung in ehemaligen Landgasthöfen und Hotels. Von baufälligen Gebäuden war die Rede, sowie von der zunehmenden Willkür und stellenweise unbestraftem rassistischem Verhalten durch die privaten Betreiber. Ganze Familien kommen auf unzumutbaren 9,5 Quadratmetern unter. Häufig ist es den Flüchtlingen nicht erlaubt, sich ihr Essen selbst zuzubereiten – unter anderem im immer wieder genannten Möhrendorf bei Erlangen. Sie werden ohne Rücksicht auf ihre Herkunft bekocht und müssen zu regelmäßigen Zeiten anwesend sein – oder hungern. Das gilt auch für Schüler, die erst spät aus der Schule zurück kommen und somit regelmäßig Nahrungseinheiten verpassen. Die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist oft schwierig bis beinahe unmöglich, was – wie in Haundorf – zur fast vollständigen Isolation der AsylbewerberInnen führt. Post wird nicht regelmäßig verteilt, nötige Reparaturen bleiben aus, Strom wird abgeschaltet. Und zu allem Überfluss werden den Flüchtlingen für vermeintliche "Hotelleistungen" bis zu 40 Euro ihres Taschengeldes (der Regelsatz beträgt 137 Euro) abgezogen.

Insgesamt entsteht hier der Eindruck, dass sich unrentable Hotel-Betriebe in Mittelfranken auf Kosten der Allgemeinheit sanieren. In den letzten Jahren scheint es hier immer wieder zu Verschlechterungen gegenüber den ohnehin bereits unzumutbaren Zuständen in den großen Gemeinschaftsunterkünften gekommen zu sein. Kontrollen sind entweder inexistent oder greifen nicht.

Angesichts dieser Zustände möchte ich Sie auffordern, dafür Sorge zu tragen, dass den AsylbewerberInnen genügend Platz zur Verfügung steht, dass sie sich ausreichend und ausgeglichen ernähren können, und dass Besitzer und Betreiber die notwendigen Schulungen erhalten. In allen Unterkünften sollte die Ausbezahlung des Lebensmittelbudgets aus den Grundleistungen zur Sicherung des physischen Existenzminimums als Geldleistung geschehen. Alle Geldleistungen müssen entsprechend der derzeitigen Rechtslage ausgezahlt werden. Den Flüchtlingen sollte auch in ganz praktischen Bereichen ausreichend Autonomie zugesprochen werden, beispielsweise durch den Zugang zu (genügend) Waschmaschinen.



Barbara LOCHBIHLER

Es sollte die Möglichkeit der Beschwerde bestehen und allen Beteiligten offen kommuniziert werden, um etwaigen Abweichungen möglichst schnell entgegenzutreten zu können und rassistisches Verhalten umgehend zu sanktionieren. Gesundheitlichen und psychologischen Schwierigkeiten bei den oft traumatisierten Flüchtlingen muss die entsprechende Achtung geschenkt werden.

Als Regierungspräsident sind Sie in der Verantwortung, diesen Bedenken angemessen Sorge zu schenken. Ich freue mich entsprechend auf Ihre Rückmeldung und verbleibe mit freundlichen Grüßen,

Barbara Lochbihler

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte

Bündnis 90/Die Grünen

Kopie an Dr. Manfred Schmidt, Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.